Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen; im Kgr. Sachsen u. Hrzgth. Sachs.-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 97. Mittwoch, 25. August. 1875.

Nationalökonomie.

Wir geben nachstehend den ersten Antwort-Artikel Schramm's in der Form und mit den Anmerkungen, wie er in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. d. M. erschienen ist.

Zur sozialen Frage.

Leipzig, 5. August. Wir brachten vor einiger Zeit zwei Artikel: „Der Kapitalist und der Arbeiter" (Nr. 163) und „Der Arbeiter als Creditgeber des Fabrikanten" (Nr. 167), beide gegen gewisse Ausführungen im „Volksstaat" gerichtet. Darauf erhielten wir von dem Verfasser der von uns bekämpften Artikel im „Volksstaat", Herrn Karl August Schramm in Berlin, eine sehr höfliche Zuschrift, worin er uns um die Erlaubniß bat, auf jene unsere beiden Artikel in unserm Blatte selbst eine Entgegnung liefern zu dürfen. Denn sonst, sagte er, spreche jeder von uns nur zu seinem Publikum, und das Publikum des einen erhalte von den Gegengründen des andern keine Notiz. Wir erwiderten, daß, obwohl ein solches Verlangen ein ungewöhnliches sei, wir auch, wenn wir darauf eingingen, schwerlich eine Gegenseitigkeit, d. h. eine Mittheilung unserer Ansichten an das Publikum des „Volksstaat" durch diesen zu gewärtigen hätten, wir dennoch einem in solcher Form uns ausgesprochenen Wunsche uns nicht versagen möchten.

Darauf sandte uns der Verfasser jener Auslassungen im „Volksstaat" seine „Replik" auf unsere gegen dieselben gerichteten Artikel, sprach zugleich seine Bereitheit aus, den Versuch zu machen — wenn wir nichts dagegen hätten (und natürlich haben wir nichts dagegen), jene unsere Artikel und seine Antwort darauf, beides natürlich vollständig, im „Volksstaat" zum Abdruck zu bringen.*)

Wir geben nun nachstehend den Anfang der „Replik", denjenigen Theil, der sich vorzugsweise auf unsern Artikel in Nr. 163 bezieht, und werden den Rest später folgen lassen. Natürlich behalten wir uns vor, auf diese „Replik" unsererseits zu „duplizieren", doch versparen wir dies bis ans Ende der „Replik" — mit Ausnahme von ein paar Noten unter dem Texte, die uns gleich hier nothwendig schienen.

Die Replik lautet in ihrem ersten Theile so:

„Mit dankenswerthem Entgegenkommen hat mir Herr Professor Biedermann an dieser Stelle eine Replik gegen die Bemerkungen gestattet, welche die Nrn. 163 und 167 dieses Blattes über meine im „Volksstaat" abgedruckten volkswirthschaftlichen Artikel gebracht haben. Der beschränkte Raum zwingt mich zu möglichster Kürze; über meinen Standpunkt in dieser Richtung daher nur die Bemerkung, daß ich der Ansicht bin, jeder Schriftsteller habe eine rein sachliche Kritik, selbst wenn sie schroff und absprechend ist, ruhig hinzunehmen.

Was mich zu einer Replik veranlaßt, ist also nicht die Kritik selbst, wie herbe sie auch sein mag, sondern die hier beliebte Art und Weise derselben, welche nicht zur Klärung der Ansichten, sondern nur zu vermehrter gegenseitiger Erbitterung führen muß. Ich halte es nämlich für verderblich, wenn dem in beiden Lagern herrschenden Glauben an absichtliche und böswillige Verleugnung der Wahrheit von seiten der Gegner durch logisch nicht zu begründende Einwendungen, durch falsche volkswirthschaftliche Behauptungen und der Wahrheit nicht entsprechende Darstellungen gegnerischer Schriftstücke neue Nahrung gegeben wird, wie das seitens des Herrn Kritikers hier geschehen ist.

Es erübrigt mir nun, den von mir jener Kritik gemachten Vorwurf zu begründen.

Unlogisch ist es, wenn der Herr Kritiker den Satz aufstellt: „Aus der Auseinandersetzung über die Natur des Kapitals ist so viel als wohl von keiner Seite widersprochen herauszunehmen, daß, wer in irgendwelcher Form Kapital besitzt, besser daran ist, als wenn er nur seine Arbeitskraft zu Markte bringt"; — wenn er also zugesteht, daß der Artikel von der Natur des Kapitals handelt, und doch unmittelbar vor dem citirten Satze den Einwurf erhebt: „Die Hauptsache aber ist, man weiß nicht, wo hinaus zuletzt alles will, denn positive Vorschläge, wie es anders und besser werden könnte, fehlen".

Meine Artikel erscheinen unter der besonderen Ueberschrift „Nationalökonomie"; hieraus, wie aus der Reihenfolge der behandelten Themata, vor allem aber aus dem Inhalte geht unzweideutig hervor, daß dieselben nach fest vorgezeichnetem Plane gearbeitet sind und die gesammte Volkswirthschaft in populärer Weise behandeln sollen; um aber selbst Lesern, welche an abstrakten Abhandlungen keinen Gefallen finden, von vornherein zu zeigen „wo hinaus zuletzt alles will", habe ich sogar den Artikel 2 und 3 über den Luxus und die Vertheilung des Arbeitsertrages vorangestellt, welche sonst ihren Platz erst gegen das Ende finden müßten; trotzdem wird aber der vorbezeichnete Einwurf erhoben.

Einem im Backfisch-Alter stehenden Mädchen gegenüber lächelt man über die naive Neugier, die bei jeder Geschichte zuerst wissen will, „ob sie sich kriegen"; wenn aber ein Kritiker es als Hauptsache bezeichnet, daß bei der Definition volkswirthschaftlicher Begriffe schon Vorschläge zur etwa gewünschten Abänderung der bestehenden Art der Gütervertheilung gemacht werden müssen; wenn er also verlangt, daß man, um drastisch zu reden, das Pferd beim Schwanze aufzäumen solle, so verdient eine derartige Kritik wohl mit vollem Rechte die Bezeichnung „unlogisch".**)

Wenn der Herr Kritiker aus meinen Artikeln nur die Trivialität herausgelesen hat, daß ein reicher Mann besser daran ist als ein armer, so ist das sein subjektives Urtheil; liest doch nur jeder aus dem Buche Sich heraus; ob das Urtheil aber objektiv begründet, überlasse ich der Entscheidung aller unparteiischen Leser.

Als Gegenstück zu meinen Ausführungen bringt der Herr Kritiker ein Beispiel von zwei Arbeitern, welche beide 1000 M. jährlich verdienen; der eine verbraucht sein Einkommen, der andere erspart davon jährlich 400 M. „Das macht in sechs Jahren 2400 M. und, wenn man die Zinsen nur zu 3½ Proz., dem gewöhnlichen Sparkassensatze, hinzugerechnet, etwa 2700 M. oder 900 Thlr." Dann folgt die Frage, ob es denn etwas Ungerechtes sei, daß sich der Sparsame für sechs Jahre lange Entsagung endlich in der Lage befinde, ein Stück Grund und Boden kaufen oder ein Geschäft anfangen zu können, dessen Ertrag ihm zufalle.

Der Herr Kritiker wirft hier verschiedene volkswirthschaftliche Begriffe durcheinander. Eine Widerlegung meiner Definition der verschiedenen Kapitalbegriffe versucht er gar nicht, sondern bringt ein Beispiel, wie in der Privatwirthschaft Kapital entsteht; der durch Privatsparsamkeit angesammelten Geldsumme fügt er dann als selbstverständlich den Zinsbetrag hinzu und springt endlich auf das juridische, resp. moralische Gebiet über, indem er fragt, ob es ein Unrecht sei, daß aus dem sparsamen Arbeiter ein Kapitalist werde, der nun kapitalistisches Einkommen bezieht.

Sieht denn der Herr Kritiker nicht ein, daß er sich hier auf ein gar nicht von mir besprochenes und ganz verschiedenes Feld begiebt? Wenn jemand von der Natur der Menschen spricht oder schreibt, ist da eine Kritik logisch oder sachlich zu nennen, welche an einem einseitigen Beispiele zeigt, wie ein Mensch entsteht, und dann fragt, ob es denn nun ein Unrecht sei, daß der neuentstandene Mensch lebe und athme?

Ganz ebenso unlogisch ist die aufgeworfene Frage. Ich würde den mir zustehenden Raum weit überschreiten, wollte ich die verschiedenen, in dieser einen Frage zusammengeworfenen volkswirthschaftlichen Begriffe einzeln besprechen; ich muß mich daher darauf beschränken, zu konstatiren, daß gerade die vielgeschmähten Sozialisten verlangen, jeder Arbeiter solle im Besitze seines Arbeitsertrages verbleiben, daß also kein Sozialist irgend ein Unrecht darin finden kann oder wird, wenn der sparsame Arbeiter im Besitze seiner Ersparnisse verbleibt.*)

Ein ganz anderes Ding ist es doch aber um den Zins; Zins ist, wie der Herr Kritiker nicht bestritten hat, nur da möglich, wo die Arbeiter nicht den vollen Arbeitsertrag erhalten; aus Lohneinkommen erspartes Geld mit Zins zusammenrechnen, heißt: eigenen und fremden Arbeitsertrag vermengen. Das geschieht in dem entgegengehaltenen Beispiele; durch diese Verquickung wird aber auch dem durch Zins, also durch gesellschaftlich legitimirte Aneignung fremden Arbeitsertrages, entstandenen Theile des Kapitals der Stempel des entsagungsvollen Erwerbes aufgedrückt. Hier liegt ja aber der Knotenpunkt, an dem sich die Wege des Liberalismus und Sozialismus scheiden; hier hat eine einsichtige und sachliche Kritik also die verschiedenen Fragen getrennt zu betrachten und zu behandeln, nicht aber durcheinanderzuwerfen.

Der Sozialismus will, ich wiederhole es, jedem Einzelnen möglichst den Genuß seines gesellschaftlichen Arbeitsertrages sichern, dabei aber verhindern, daß die Ansammlung von Kapitalgütern in der Hand Einzelner zur Ausbeutung der kapitallosen Arbeiter benutzt werden könne.

*) Der Abdruck verstand sich unter diesen Umständen von selbst. R. d. V.

**) Unser Herr Gegner gestatte uns hier folgende Bemerkung: Wenn Jemand den Arbeitern in einer Reihe von Artikeln, die schon ihrer besondern Ueberschrift nach ein Ganzes für sich bilden, immerfort nur von den Ungerechtigkeiten spricht, die aus dem jetzigen Verhältniß des Kapitals zur Arbeit fließen, ohne auch nur anzudeuten, wie er sich ein anderes, gerechteres Verhältniß zwischen beiden als möglich und ausführbar denke, so halten wir dies für nicht wohlgethan, denn es wird dadurch in den Lesern lediglich eine unklare Vorstellung von einem ihnen geschehenden Unrecht und von einer vermeintlichen Verderbtheit der gesellschaftlichen Zustände, sowie die Illusion, als ob alles das ganz anders sein könnte, wenn nur die „herrschende Klasse" den guten Willen hätte, es anders zu machen, hervorgerufen, während, wenn ihnen gleichzeitig positive Vorschläge zum Bessermachen vorgelegt würden, der Arbeiter wenigstens sich Rechenschaft darüber geben könnte, ob er diese für ausführbar halte und ob er glaube, daß er dabei wirklich sich besser stehen würde. Daß irgendein Lesepublikum eines periodischen Blattes lange vorausgegangene Artikel noch im Gedächtniß haben und mit den jetzigen zusammenhalten soll, ist nicht zu verlangen. R. d. D. A. Z.

*) Unser Herr Gegner vermischt hier zwei ganz verschiedene Dinge: die unsers Erachtens unberechtigte oder wenigstens sehr unklare Forderung der Sozialisten, daß der Arbeiter im Besitze seines „Arbeitsertrages" verbleibe, womit die Berechtigung des Kapitalisten, einen Zins für sein Kapital sich gut zurechnen, gelenguet wird, und die Forderung, daß der Arbeiter von seinem Einkommen etwas erspare und ansammle. In dem von uns angeführten Beispiele kommt es übrigens auf den „Zins" gar nicht an; es würde ebenso zutreffend sein, wenn wir annähmen, daß der Arbeiter sein Ersparnes unverzinst liegen ließe, nach einer gewissen Zeit aber dafür sich ein Stück Feld kaufte oder dergleichen, was unser Herr Gegner doch nicht für unberechtigt zu halten scheint. Uns kam es nur darauf an, zu zeigen, daß die „angesammelte Arbeit" ebenso gut ihre Berechtigung hat wie die jetzt erst vollzogene; angesammelte Arbeit aber ist jedenfalls Kapital, wenn auch nicht jedes Kapital nur aus angesammelter Arbeit entspringt. R. d. D. A. Z.

Politische Uebersicht.

— Was Reichstagsbeschlüsse werth sind. Mit dem neuen Strafvollzugsgesetz, schreibt man der „Frankfurter Zeitung" aus Berlin, scheint man es nicht eilig zu haben. Ein Entwurf ist im preußischen Justizministerium ausgearbeitet und dem Reichskanzler übergeben worden, jedoch nicht als Antrag, sondern als eine Art von Gutachten, etwa als das Ideal dessen, was sich Preußen unter einem solchen Gesetze gedacht hat. Interessant soll eine sehr dickleibige Denkschrift sein, von welcher der preußische Vorschlag begleitet ist und welche sich über das Wesen der Strafvollziehung überhaupt verbreiten soll. Die besten und gelehrtesten Federn des preußischen Justizministeriums sollen für diese Arbeit in Bewegung gesetzt worden sein; ob dies aber einen praktischen Erfolg verheißt, um den es doch allein zu thun ist, scheint fraglich. Ueberhaupt kommt alles, was die Gefängnißreform angeht, nur sehr langsam in Fluß, es wird viel davon geredet, auch viel gereist und statistisches Material gesammelt, aber es geschieht nichts. Schon im Frühjahr hörte man, es sei beschlossen, für Untersuchungsgefangene Selbstbeköstigung und Beschäftigung einzuführen. Davon ist nun alles still geworden, geblieben ist nur der Streit darüber, ob das Gefängnißwesen vom Minister des Innern oder vom Justizministerium ressortiren soll. Die Entscheidung wie die Reform des Gefängnißwesens aber scheint ad calendas graecas vertagt zu sein." Das heißt auf Deutsch zum St. Nimmerlein's Tag. Und der Reichstag wird sich's ruhig gefallen lassen.

— Aus der Moltke'schen Schule plaudert gar erbaulich nachstehender Brief, der uns zur Veröffentlichung mitgetheilt worden ist, und dessen Original sich in unsern Händen befindet:

Dem Unteroffizier Hrn. M . . . . . g der 5. Comp.
commandirt zum — — in D . . . .
Soldatenbrief.
Eigene Angelegenheit des Empfängers.
W . . . ., den 16. Juli 1875.

Werther Freund!

Deinen werthen Brief soeben erhalten, säume ich auch nicht länger, Dir denselben umgehend zu beantworten. — So wie ich aus Deinem Briefe ersehen habe, bist Du sehr ungehalten über die Mittheilung betreffend Stube 49. Ich kann Dir nur meinen wohlgemeinten Rath geben, nur ruhig Blut. Ueberhaupt hätte ich das gewußt, daß Du gleich so aufbrausend darüber geworden wärest, gewiß hätte ich Dir solches verschwiegen. Aber ein Mann muß ein Mann sein und daher darfst Du Dir das Mitgetheilte nicht gleich zu Kopfe nehmen, was ja im Grunde genommen weiter gar nichts als eine Bagatelle ist. Daher sei so gut und erwähne niemals von denselben etwas, besonders aber nicht gegen die Kerle; natürlich muß man solchen Lümmels die ganze Kraft seiner Gewalt auf eine moralische Art und Weise zu fühlen geben.

Eine fernere Mittheilung über diesen Punkt erhältst Du nicht von mir. Also vergessen sei die unbesonnene Mittheilung über diesen Punkt meinerseits.

Ueber L..... kann ich Dir weiter keine andere Mittheilung machen, als daß die Untersuchung beim Auditeur im vollen Gange ist.

Faul ist es zwar mit dem Verweise, allein Fleiß und guter Wille ersetzt doch alles, daher darfst Du etwa nicht verzagen und den Muth sinken lassen, nein im Gegentheil mit noch mehr als doppelter Anstrengung an's Werk gehen und das wird schon seine Wirkungen zeigen, sollst nur sehen was ich Dir sage.

Ich komme noch einmal auf das dumme Gekwatsch zurück (Nr. 49). Was Du da nicht sagst von wegen zu Schulden kommen und nicht kapituliren zu wollen!

Davon sagt ja keiner etwas und es weiß ja auch keiner was davon, nur daß ich Dir da solche Dummheiten mitgetheilt habe. Du sollst mir aber im nächsten Briefe versprechen, nicht mehr daran zu denken und gegen Niemand etwas davon zu erwähnen. Habe ich Dir nicht gleich gesagt, daß dieses ganze Volk ohne Ausnahme (oder) mit sehr wenigen (Ausnahmen) eine **Schweinebande** durch und durch ist und die gezwiebelt werden muß, wo man sie sieht und **mit Füßen gestoßen**, wo man sie trifft. Also wenn Du zurückkommst, so thue es nur feste, und besonders: viel Melden! denn der Hauptmann unterstützt die Unteroffiziere ja genug.

Hauptmann A . . . . . n ist Major geworden.

Ueber den Verweis werde ich stets Schweigen bewahren.

Es grüßt Dich bestens
Dein Freund
X. Sergeant."

Wer unter den „Kerlen" und der „Schweinebande" zu verstehen, das möge der Scharfsinn des Lesers errathen. Vor Allem aber halte man fest: der Brief ist geschrieben von einem und an einen Lehrer der Moltke'schen Erziehungsanstalt.

— Das Mittelalter hatte seine Todtentänze, wir haben unsere Todtenmärsche oder richtiger Todesmärsche. Todtmarschirt! d. i. nachgerade stehende Zeitungsrubrik im bismarckisch-deutschen Reich geworden. Vorgestern bei Frankfurt, gestern in Posen, heute bei Hamburg. Und die Prozedur spielt sich mit derselben einförmigen Regelmäßigkeit ab, wie eine Hinrichtung auf der Guillotine: bei 20—25° Reaumur über Null im Schatten werden die armen, im „Königsrock" steckenden Patienten zu einem Uebungsmarsch kommandirt, mit Gewehr, Tornister und sonstigem Handwerkszeug; bald Ermattung, Kampf zwischen den Wirkungen der Sonne und der „Disziplin"; durch die Offiziere vorangetrieben (mit Blick, Worten oder — „energischen Geberden"), schleppen die unglücklichen Schlachtopfer sich daran, bis sie dutzendweise niederfallen — die Einen um nie wieder aufzustehen, die Andern um zu längerer Krankheit, vielleicht ewigem Siechthum zu erwachen. Bei Hamburg waren fünf auf dem Fleck todt, und Einer der Gefallenen (wir wissen nicht ob er unter den Todten

ist), hatte der „Reform“ zufolge die Genugthuung, als er am Weg hingesunken war, daß ihn sein Lieutenant für betrunken erklärte. Nun — es ist die alte Geschichte, und Moltke's Erziehungsanstalt ist doch die beste Schule im ganzen Land. Deutschland aber marschirt an der Spitze der Civilisation, und was verschlägt's, wenn der Marsch ein Todtenmarsch? (Seit Obiges geschrieben, kommt auch von München die Nachricht von einem solchen Todtenmarsch. Forts. folgt.)

— **Die Moralität der Bourgeoisie.** Man schreibt aus **Eßlingen**, d. d. 15. Aug.: „In dem guten Weinjahre 1874 hatten die württembergischen Staatsanwälte wie noch nie mit Untersuchungen gegen Weinfälscher zu thun; in Stuttgart, Ulm und Ellwangen sind gleichzeitig gegenwärtig Untersuchungen gegen unsere „Weinverbesserer“ anhängig. Den interessantesten Fall in diesem Genre hat aber zur Zeit die hiesige Staatsanwaltschaft in Behandlung. Die Untersuchung ist gegen eine ansehnliche Weinhandlungsfirma gerichtet. Die Träger derselben sind bereits gefänglich eingezogen. Nach actenmäßiger Feststellung ist nachgewiesen, daß diese große Firma im ganzen Herbst nur 15 Eimer neuen Wein gekauft hat. Dagegen ist aus ihren Büchern zu entnehmen, daß sie am 12. Juni Schwefelsäure, eine Masse Zucker und Traubenzucker, Weinsteinsäure und noch vieles andere Zeug zum Weinmachen gekauft habe, um ihre Kundschaft mit „guten“ alten und neuen Weinen zu bedienen. So kam es denn, daß, als die gerichtliche Commission in das erwähnte Weinlager kam, von 47 Weinsorten kaum 10 nicht in Gährung sich befanden, und diejenigen Chemiker, welche mit der Analyse der 47 Weinsorten beauftragt wurden, entschieden ausgesprochen haben, daß Schwefelsäure in allen sog. Weinen sei. Neuestens sind auch noch alle 47 Weine in Mustern an die Universität Tübingen zur chemischen Untersuchung geschickt worden und man ist auf das Resultat derselben, wie überhaupt der ganzen gerichtlichen Untersuchung sehr gespannt.“ — Nun, die Eßlinger Weinproduzenten machen es wie die Mehrzahl der übrigen Weinproduzenten. Und wer die Vogel'sche Broschüre über „Verfälschung der Lebensmittel“ kennt, weiß, daß es kaum ein Lebensmittel giebt, das nicht in ähnlicher Weise verfälscht wird. Es liegt dies eben mit Nothwendigkeit in den heutigen Gesellschaftsverhältnissen begründet. Der waarenverkaufende Kapitalist hat heutzutage genau dasselbe Interesse, das consumirende Publikum zu betrügen, wie der arbeitgebende Kapitalist, die Arbeiter auszubeuten. Betrug und Ausbeutung sind mit dem Bourgeoissystem der Gütervertheilung und Gütererzeugung untrennbar verwachsen und werden erst mit diesem System aufhören. Kein Gesetz der Welt kann der Lebensmittelverfälschung und Arbeitsunterdrückung steuern, so lange dieses System besteht. Sie werden erst verschwinden, wenn Handel und Industrie (mit Ackerbau) sozialistisch organisirt sind.

— **Zur Kinderarbeit.** Nach § 62 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 sollen Kinder unter 14 Jahren als Begleiter beim Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht zugelassen werden. Neuerdings hatte nun der preußische Justizminister auf Grund einer Bestimmung des Regulativs vom Jahre 1824 über den Gewerbebetrieb im Umherziehen, welche lautet: „und dürfen unter keinen Umständen Kinder vor vollendetem vierzehnten Lebensjahr, es sei unter welchem Vorwande es wolle, mit umher geführt werden“, die betreffenden Behörden angewiesen, in allen Fällen einzuschreiten, in denen Kinder unter vierzehn Jahren beim Gewerbebetriebe im Umherziehen mitgeführt werden. Das Obertribunal hat indessen die Auffassung des Justizministers nicht getheilt, sondern vielmehr, wie das auch zu erwarten stand, ausnahmslos in allen zu seiner Entscheidung gekommenen Fällen angenommen, daß die Mitnahme von Kindern unter vierzehn Jahren nicht unbedingt, sondern nur in so weit als strafbar zu erachten sei, als sie für den Zweck des Gewerbebetriebes erfolgte. — Da nun zwischen dem „strafbaren“ und nichtstrafbaren Mitnehmen der Kinder sich schwer, ja unmöglich die Grenzlinie finden läßt, so läuft die Interpretation des Obertribunals thatsächlich auf Aufhebung des § 62 der Gewerbeordnung hinaus, und ist eine tüchtige Bresche in die Bestimmungen zum Schutz der Kinder geschossen, — die Bresche wird schon erweitert werden.

— **Schreckliche Unvorsichtigkeit.** Soeben ist der Bericht der Königlich Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn für 1874 erschienen. „Bezüglich der auf dieser Bahn im Jahre 1874 vorgekommenen „Unglücksfälle“ wird berichtet, daß von Reisenden 1 durch eigene Schuld getödtet und 3 verwundet wurden. Bei Beamten waren 43 „Unglücksfälle“ und bei Arbeitern und Anderen (wer sind „Andere“?) 73 „Unglücksfälle“ zu beklagen, welche jedoch größtentheils durch eigene Unvorsichtigkeit herbeigeführt wurden.“ Hält die Königliche Direction den deutschen Michel wirklich für so naiv, daß er dem vorsichtigen germanischen Stamme in einem Jahre auf einer Eisenbahn 116 Unvorsichtigkeiten zutrauen soll? Wir halten diesen Bericht der Bahndirection unsererseits für eine große „Unvorsichtigkeit“ und empfehlen der Königlichen Direction in Zukunft bei Zahlen, die dem Gebiet der Statistik angehören, etwas mehr Vorsicht. Was aber geschieht, um für die Zukunft solchen „Unglücksfällen“ vorzubeugen? Nun — die nöthigen Vorsichtsmaßregeln und Vorrichtungen zum Schutz der Beamten (Arbeiter) und des Publikums kosten Geld — und der Bahnverwaltung kommt es ja nur darauf an, möglichst viel Geld zu „verdienen“. Sie „verdient“ aber mehr, wenn sie jene Ausgaben „spart“ und es auf die „Unglücksfälle“ ankommen läßt. Muß auch dann und wann „Entschädigung“ bezahlt werden, so will das doch nichts bedeuten gegenüber der Summe der so menschenfreundlich gemachten „Ersparnisse.“ Es lebe das „Geschäft!“

— Die **französischen Zustände** werden trefflich durch nachstehenden Brief illustrirt: „Brüssel, den 28. Juli. Lieber Freund! Am 27. Mai wurde ich, ohne zu wissen warum, in Paris von einem Mouchard verhaftet. Den andern Morgen wurde ich über eine Menge Dinge befragt, deren Sinn und Zusammenhang mir nicht recht klar waren. Darauf wurde ich nach der Präfektur der Polizei geschafft, wo ich nach 7 Tagen vom Untersuchungsrichter befragt wurde, ob ich ein Agent der deutschen Internationale sei, was ich mit der Bemerkung, daß die Internationale seit 1869 in Deutschland verboten sei und dort nicht mehr existirte, verneinte. Man drang in meine Wohnung ein, nahm sämmtliche Briefe und Papiere in Beschlag, u. A. einen Brief Hasenclever's an Moritz Heß, den ich noch immer besaß, weil ich letzteren nicht bei seinen Lebzeiten ausfindig machen konnte. Man schaffte mich nach Mazas in Untersuchungshaft, rief mich während der Zeit zwei Mal, um mich über meine Correspondenz zu befragen, und expedirte mich nach 44tägiger Untersuchungshaft auf die Präfektur zurück, wo mir eröffnet wurde, daß ich als politisch verdächtig durch Dekret des Ministeriums des Innern aus Frankreich ausgewiesen sei und an die Grenze des Landes transportirt werden würde, wo ich meinen Aufenthalt nehmen würde. Ich wählte Belgien, wurde 7 Tage später per „grünen Wagen“ an die belgische Grenze transportirt und dort nach 59tägigen Leiden in Freiheit gesetzt. Ich befinde mich nun hier, aus einer schönen Stellung herausgerissen, buchstäblich von Allem entblößt. Mit sozialdemokratischem Gruße Alexander Schlesinger. 351 Rue Haute.“ Schlesinger ist Sozialdemokrat — das ist sein ganzes Verbrechen. Und was that die deutsche Gesandtschaft? Nahm das großmächtige deutsche Reich sich des schmachvoll mißhandelten civis germanus (deutschen Staatsbürgers) an? Bah! Schlesinger ist Sozialdemokrat, und gegen Sozialdemokraten sind nicht blos alle besitzenden Klassen, sondern auch alle Regierungen „eine reaktionäre Masse“. Dem gemeinsamen Feind: dem Proletariat gegenüber, stehen sie einträchtig zusammen, fühlt der märkische Junker, an Rastadt, Mannheim, Freiburg denkend, sich Ein Herz und Eine Seele mit den versailler Ordnungsbanditen.

Berichtigen müssen wir, was Parteigenosse Schlesinger über die Internationale sagt. Die Internationale ist, von einzelnen Mottenburger Lokal-Ukasen abgesehen, in Deutschland niemals verboten worden. Und ein solches Verbot würde auch nicht verhindert haben, daß sie noch existirte.

— Man schreibt uns aus **Serbien**: „Die Wahlen der Abgeordneten zur Nationalversammlung sind zu Gunsten der Sozialdemokraten ausgefallen. Zu den vom vorigen Jahre bestbekannten sozialistisch-gesinnten Abgeordneten sind noch andere neue, den früheren an Energie nicht nachstehend, hinzugekommen. Einer von ihnen ist durch sein Unternehmen, eine sozialistische Mustergemeinde zu gründen, bekannt, welches Unternehmen ihm die Regierungsorgane vereitelt haben. Derselbe ist ein Volksschullehrer und heißt Schumkaratz. — Nach einem solchen Erfolge der Opposition dankte das reaktionär-conservative Ministerium ab; ein neues ist noch nicht ernannt worden.

Ganz Serbien äußert sich für Unterstützung der Herzogowiner. Der Fürst kann nichts dagegen haben und steht eine formelle Kriegserklärung von Seiten Serbiens der Türkei bevor. Dieselbe wird längstens bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung (am 27. d. M.) aufgeschoben werden. — Ein Freiwilligen Corps ist zur Hilfe der Herzegowiner bereits abgegangen. Dasselbe wählte sich zum Commandanten einen Major aus der serbischen regulären Truppe. Die Begeisterung für die Befreiung von dem türkischen Sklavenjoche ist unter der unterdrückten christlichen Bevölkerung in der Türkei eine allgemeine. Es ist ein Völkerkrieg auf der ganzen Balkanhalbinsel in Aussicht. Oesterreich brach das Völkerrecht und ließ das türkische Heer bei Klek auf österreichischem Boden sich ausschiffen, um in die Herzegowina einzudringen. Die Gefahr für das Türkenreich hört deswegen nicht auf, dieselbe zu sein“.

So weit unser Correspondent. Was er über den Aufstand in der Herzegowina, und die in Bezug auf denselben unter den Serben herrschende Stimmung sagt, ist blos als subjektive Ansicht aufzufassen. Ueber die Stimmung in Serbien sind uns von anderer sehr wohl unterrichteter Seite sehr verschieden lautende Mittheilungen gemacht worden, denen zufolge man in Serbien diesen Aufstand als das Werk Rußlands und darum, wie alles Russische, mit großem Mißtrauen betrachtet. Daß Rußland seine Hände im Spiel hat, unterliegt keinem Zweifel, und daß die Christen der Türkei es unter türkischer Herrschaft zehnmal besser haben, als die Christen Rußlands unter der Knute des „Väterchens“ Alexander, unterliegt gleichfalls keinem Zweifel. Zu ernsthaften Ereignissen wird's beiläufig wohl kaum kommen, sonst hätte Rußland nicht neulich in Berlin den Krieg abbefohlen; aber man will die orientalische Frage offen halten und eine diplomatische Campagne inszeniren — nicht um da „hinten in der Türkei“ Ordnung zu schaffen, sondern im Gegentheil, um die Unordnung zu vermehren, damit „Väterchen“ sammt seinen gehorsamen Mitläufern hübsch im Trüben fischen kann. — Aufstände wie in der Herzegowina, ebenso ausgedehnt und ebenso blutig, sind beiläufig in Rußland sehr häufig, werden aber todtgeschwiegen.

— Wir werden telegraphisch*) benachrichtigt, daß sämmtliche Cigarrenarbeiter in Friedericia (Dänemark) die Arbeit eingestellt haben. Zuzug ist dringend fern zu halten. Bericht folgt.

— **Schöne Gesellschaft.** In der letzten Nr. (33) des — nicht sozialistischen und weiland Hirsch-Duncker'schen Sprechsaal, Organ für die Porzellan-, Glas- und Thonwaaren-Industrie findet sich unter den „Vermischten Notizen“ folgende geharnischte Erklärung:

„Die Nr. 33 der „Ameise“ vom 13. August bringt einen Protokollauszug der Versammlung des Ortsvereins Fürstenberg vom 23. Juli, worin folgende Ausführungen enthalten sind:

„In der freien Diskussion bringt der Vorsitzende die Rede auf die in letzter Zeit von dem Redakteur des „Sprechsaal“ in genanntem Blatte veröffentlichten Verdächtigungen des Verbandsanwalts und unseres Generalraths, und führt ferner aus, daß es an der Zeit sei, dieselben nicht mehr mit Stillschweigen zu übergehen.

Hierauf geht der Antrag ein und wird angenommen: „Bei dem Centralrath anzufragen, ob derselbe von den Verdächtigungen, welche der Redakteur Müller im „Sprechsaal“ gegen den Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch veröffentlicht, Kenntniß habe, und was derselbe dagegen zu thun gedenke?“

Ferner wird folgende Resolution vorgelegt und angenommen: „Der Ortsverein Fürstenberg begrüßt es mit Freuden, daß der Generalrath resp. der Generalsecretär der Porzellan- und verwandten Arbeiter endlich zu den Verdächtigungen und Entstellungen, welche der Redakteur des „Sprechsaal“ in verschiedenen Nummern desselben Blattes brachte, Stellung nimmt.“ —“

Was die angeblichen Verdächtigungen (ich nenne es Anschuldigungen) des Verbandsanwaltes und des G.-Raths des G.-V. d. Porzellan- und verwandten Arbeiter anbelangt, so stimme ich mit dem Ortsverein Fürstenberg darin vollständig überein: „daß es endlich an der Zeit sei, dieselben nicht mehr mit Stillschweigen zu übergehen.“ Den gerechten Wünschen des Ortsv. F. denn auch Rechnung tragend, erkläre ich mich hiermit, und zwar zum wiederholten Male, gerne bereit, eine event. sachlich gehaltene Rechtfertigung des G.-Raths des G.-V. d. P.- u. v. A. ohne jede Abkürzung oder Aenderung im „Sprechsaal“ aufzunehmen.

Schade nur, daß man die von mir aufgestellten Behauptungen nicht widerlegen kann, und in Folge dessen von einer Rechtfertigung, sowie — trotzdem der Verband, wie auch der G.-V. d. P.- u. v. A. „Geld wie Heu“ hat — von einer Klage gegen mich, welche letztere ich ja schon längst herbeigewünscht habe, abgesehen wird. —

Eine Vereinigung (ich spreche hier von dem Verband und dem, denselben offiziell vertretenden, Centralrath), an deren Spitze Leute stehen oder standen, die öffentlich des Betruges, Meineides, des Diebstahls und der Brandstiftung bezüchtigt werden, ohne diese Anschuldigung widerlegen zu können, eine solche Vereinigung erscheint von der öffentlichen Meinung so hinreichend gebrandmarkt, daß ich nicht nöthig habe, mich mit derselben noch weiterhin zu befassen.

Fr. Jacob Müller, Redakteur des „Sprechsaal“.“

Ein Commentar wäre überflüssig.

— Parteigenosse Derossi wurde am 17. d. M. vom Kammergericht zu Berlin wegen vermeintlicher Uebertretung des § 16 des preußischen Vereinsgesetzes zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Ueber den Gang des Prozesses lesen wir in den Berliner Zeitungen Folgendes:

„Der Angeklagte (Derossi) sollte nach der am 23. Juni v. J. erfolgten vorläufigen Schließung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins noch ferner Mitglied desselben gewesen sein und namentlich die Sekretärgeschäfte besorgt haben. Die siebente Kriminal-Deputation des Stadtgerichts hat bekanntlich die Angeklagten Derossi und Rackow von der obigen Anklage freigesprochen, weil nicht erwiesen worden sei, daß dieselben nach der Schließung des Lokal-Vereins noch weiterhin für denselben thätig gewesen sind. Nur betreffs des Derossi ist von Seiten der Staats-Anwaltschaft gegen das freisprechende erste Erkenntniß die Appellation eingelegt worden, weil geständlich die angeordnete Verlegung des Vereins nach Bremen von seiner Hand ausgefertigt ist, weil sein Sekretariatsbureau nicht von hier verlegt worden und weil er die Stimmen zur Präsidentenwahl in seiner hiesigen Wohnung entgegen genommen hat. Die Erledigung dieser Sache scheint von dem Kammergericht für so wichtig erachtet worden zu sein, daß es den Audienztermin innerhalb der Ferien anberaumt hat, uns, obgleich der Angeklagte nicht verhaftet ist, so hat doch der Oberstaatsanwalt v. Bock selbst das öffentliche Ministerium vertreten. Derselbe beantragte nach Erhebung des angedeuteten Beweises die Verurtheilung des Angeklagten zu sechs Wochen Gefängniß, welche Strafe der Gerichtshof in Abänderung des ersten Erkenntnisses auf einen Monat Gefängniß ermäßigte. Diese Herabminderung des Strafmaßes wurde damit begründet, daß der Präsident Hasenclever auch nicht höher verurtheilt worden ist und man die Thätigkeit Beider höchstens auf eine Stufe stellen könne.“

Die Thatsachen haben bewiesen, daß trotz aller Verurtheilungen und trotz der Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins der Arbeiterbewegung auch nicht ein Härchen gekrümmt ist; im Gegentheil, sie ist mehr als je in Fluß, und sie wird nicht eher ruhen noch rasten, als bis sie ihr Ziel erreicht hat.

Innere Partei-Angelegenheiten.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ferner ernannt für Beidenfleth: H. Meyer, M. Sachau; Delitzsch: E. Brüning, W. Krausch; Gößnitz: L. Eyold, K. Lank; Hof: H. Köhler, J. Stößner; Kalk: W Eckert; Klaffenbach: C. G. Rother, W. Weiß; Lennep: J. Schmitz, Chr. Tenhert; Melvorf: J. F. Holm, P. Paulsen; Neustadt a. O.: F. Schuschke, O. Stiller; Ottensen: F. Heerhold, H. Diedrich; Schmölln: J. Martin, F. Zenker; Schw.-Gmünd: G. Feiler, J. Köhler; Seth: C. H. Sarau, F. Poggensee; Suhl: J. Brendl; Zeulenroda: J. Wetzler, F. Reichelt.

Wir bitten, bei neuen Anmeldungen die genauen Adressen beider Agenten (beim Sekretariat) anzugeben.

Hamburg, 21. August 1875.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.:

A. Geib, C. Derossi, große Rosenstraße 36, II.

Gewerksgenossenschaftliches.

Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Crimmitschau, 17. August. Hierdurch bringen wir die bis jetzt bei uns eingegangenen Anträge, welche auf unserer am 19. und 20. September im Gasthof zum goldenen Löwen in Apolda abzuhaltenden Generalversammlung zur Verhandlung kommen sollen, zur Kenntniß der Mitglieder.

Die Vorortsverwaltung und Mitglieder zu Crimmitschau beantragen: Umänderung der Statuten, Zusammenziehung aller drei Sektionen unter eine Verwaltung, die Sterbekasse gänzlich aufzuheben, und bei der Krankenkasse eine Steuererhöhung einzuführen, wovon die Sterberente ausgezahlt wird.

Zu diesem Antrag hat die Vorortsverwaltung eine Vorlage zur Umänderung der Statuten ausgearbeitet, welche in nächster Nummer veröffentlicht werden wird.

Zur Krankenkasse beantragen die Mitglieder in Augsburg: § 3. Der monatliche Beitrag ist auf 4 Gr. (40 Pf.) und 6 Gr. (60 Pf. Reichsm.) festgesetzt. Die Unterstützung beträgt bei 4 Gr. (40 Pf.) 6 Gr. (60 Pf.) und bei 6 Gr. (60 Pf.) 9 Gr. (90 Pf.) Der Vorortsverwaltung der Krankenkasse bleibt es überlassen, im Falle des Bedürfnisses die Steuer zu erhöhen oder zu vermindern. § 6 soll dahin geändert werden, daß derselbe lautet: Wer 3 Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, verliert das Mitgliedsrecht und somit alle Ansprüche auf die Kasse; liegt jedoch eine augenblickliche u. s. w. wie in der bisherigen Fassung. In § 7 soll der dritte Satz dahin geändert werden, daß derselbe lautet: Jedes neu aufzunehmende Mitglied hat der Stammgewerkschaft anzugehören resp. beizutreten. § 21 ändert sich nach § 25. In § 25 soll der zweite Satz lauten: Zugleich mit dieser Abrechnung ist von jeder Mitgliedschaft zur Bestreitung des Verwaltungsaufwandes, zur Auszahlung etwa nöthig werdender Zuschüsse und eventueller Ansammlung eines Fonds pro Mitglied 15 Pf. an den Kassirer der Krankenkassen-Vorortsverwaltung einzusenden, welcher Betrag nach Umständen durch Beschluß der Generalversammlung oder Vorortsverwaltung erhöht werden kann. In den Ortskassen dürfen sich jedoch nicht mehr als 3 Mrk. pro Mitglied befinden, und sind alle weiteren Ueberschüsse ebenfalls an den Kassirer der Kranken-Kassen-Vorortsverwaltung einzuliefern. § 26 bleibt hinfällig wie bisher. (?)

Die Augsburger Mitglieder beantragen zum Gewerkschaftsstatut: § 4 erhält den Zusatz: Frauenzimmern ist es gestattet, einen Minimalbeitrag von 10 Pf. zu leisten, sie haben dann aber auch nur auf die Hälfte der Unterstützung Anspruch. In § 20 soll gesetzt werden statt: „in 3 Tagen“ „sind innerhalb 8 Tagen“ nach erfolgter Wahl ꝛc. § 22 soll folgende Fassung erhalten: Der Aufsichtsrath besteht aus 3 Mitgliedern und hat derselbe in örtlicher Beziehung vom Verwaltungsrathe getrennt zu sein. Die Wahl

---

*) Leider kam das Telegramm zu spät für die vorige Nummer in unsere Hände; dieselbe war bereits vollständig gedruckt. R. d. S.

des Ortes für den Aufsichtsrath erfolgt auf der Generalversammlung. Die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes erfolgt durch die Gewerksgenossen des Ortes und dessen halbmeiligem Umkreise mittels Stimmzettel und absoluter Majorität. § 27. Der auf Zeile 5 angesetzte Termin soll auf 14 Tage verlängert werden, so daß es heißt: „Innerhalb der nächsten 14 Tage nach ꝛc." In § 28 soll in analoger Weise Absatz a dahin geändert werden, daß derselbe lautete: a) Wahl des Vorortes und des Sitzes für den Aufsichtsrath, Absetzung der u. s. w.

Ferner wird beantragt: Die Generalversammlung wolle in Erwägung ziehen, ob nicht ein monatlich einmal zu erscheinendes Fach-Organ zu gründen sei, oder Flugblätter zu beschaffen wären, in denen die Angelegenheiten des Faches und der Gewerkschaft ꝛc. geregelt und die Agitation gefördert würde.

Die Mitglieder zu Braunschweig beantragen: Zu § 4: statt 2 Gr. monatlich 2½ Gr. Beiträge zu erheben, wovon 1 Gr. der Hauptkasse zufließt und 1½ Gr. am Orte verbleiben, der ½ Gr. wird einer besonderen Reservekasse überwiesen, wovon außerordentliche Ausgaben gedeckt werden. In § 7 a das Wort „mehr" zu streichen. § 22. Der Aufsichtsrath besteht aus 3 Mitgliedern, die nicht am Vorort oder in dessen halbmeiligem Umkreise wohnen dürfen. Ferner beantragen die Mitglieder, um der Vorortsverwaltung die Arbeit zu erleichtern: Die einzelnen Gewerkschaften werden in Kreise eingetheilt, und haben dann die im Kreise liegenden Mitgliedschaften dem Kassirer der Centralkasse des Kreises ihre Abrechnungen nebst Geld einzuschicken und ist die Kreiskassenverwaltung verpflichtet, der Vorortsverwaltung genaue Abrechnung abzulegen und die betreffenden Gelder einzuliefern. Es werden dieserhalb Abrechnungsformulare für die Kreisverwaltungen der einzelnen Orte eingerichtet.

Zur Krankenkasse. Zu § 6: Wer zwei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist (sei es in der Gewerkschaft oder in der Krankenkasse), verliert seine Ansprüche auf 6 Wochen. Bei dreimonatlichem Rückstande gehen alle Ansprüche an die Kasse verloren; liegt jedoch u. s. w. Das sich krank meldende Mitglied hat dieserhalb seine beiden Statutenbücher beizubringen. Zu § 7: Mitglied der Krankenkasse kann nur Der- oder Diejenige werden, der (die) der Stammgewerkschaft angehört. § 12. Die Unterstützung beträgt pro Tag 6 Gr. mit aufsteigender Scala, mit Ausnahme der Sonntage. Dem § 15 den Zusatz zu geben: des Arztes oder der Ortsmitglieder genau Folge zu leisten. In zweifelhaften Fällen sind die Ortsmitglieder berechtigt, den Kranken dem Krankenhause zu überweisen. Bei Weigerung von Seiten des Kranken verliert derselbe seine Ansprüche auf Unterstützung. § 24. Die Geschäftsführung der Hauptverwaltung versieht der Geschäftsführer der Gewerkschaftskasse. — Ferner beantragen wir: Eine Extrasteuer von ½ Gr. pro Mitglied zu erheben, um einen Reservefonds für die Krankenkasse zu schaffen, und darf dieser Fonds nicht eher angegriffen werden, bis er die Summe von 3000 Mark aufweist.

Zur Sterbekasse. Zu § 1.: Die Hauptverwaltung besorgt der Vorort der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Genossenschaft. Der Vorort hat dieserhalb, gleich wie bei der Krankenkasse, für die geeigneten Persönlichkeiten zur Verwaltung zu sorgen. § 2. Der Zutritt zu dieser Kasse ist jedem Arbeiter und dessen Familien-Mitgliedern gestattet, der der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Genossenschaft angehört. Ferner: Da bisher nur die Sterbekasse lokal war, solche aufzuheben, und sie gleich der Genossenschafts- und Krankenkasse zu centralisiren. Es haben dieserhalb die einzelnen Mitgliedschaften mindestens die Hälfte der bis jetzt eingezahlten Gelder an die Hauptkasse einzuschicken, wogegen die andere Hälfte der Lokalkasse zu nöthigen Ausgaben verbleibt. Alle spätern Beiträge sind unverkürzt der Hauptkasse zuzuführen. Die Extrasteuer von 3 Gr. bleibt bestehen, um am Orte zu nöthigen Ausgaben zu dienen.

Die Geraer Mitglieder beantragen: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß wenigstens die männlichen Mitglieder der Krankenkasse der Stammgewerkschaft angehören müssen.

Für die Verwaltung: C. Poser.

Krankenkasse der Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.

Crimmitschau. Die Adresse des Vorsitzenden des Aufsichtsraths ist jetzt Georgenstraße Nr. 558B.

A. Thierfelder.

Allgemeiner deutscher Maurer- und Steinhauer-Bund.

Hamburg, 18. August. An die Mitglieder! Laut Beschluß der gemeinschaftlichen Generalversammlung der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer und des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes am 13. und 14. Juli in Hamburg ist am 15. August die Vereinigung dieser beiden Organisationen unter dem Namen „Allgemeiner deutscher Maurer- und Steinhauer-Bund" in Wirksamkeit getreten und das neue Statut von da ab als gültig zu betrachten.

Alle die Verwaltung betreffenden Zuschriften sind zu richten an H. Schöning, Jacobikirchhof 29, alle Geldsendungen an den Kassirer H. Walther, Jacobikirchhof 29, alle Beschwerden über die Verwaltung (siehe § 13 des Statuts) an den Vorsitzenden des Ausschusses, W. Schröder, Steinstraße 62, Saal 21. Protokolle der Generalversammlung sind à 15 Pfennig zu beziehen von H. Walther, Jacobikirchhof 29.

Und nun Genossen, vorwärts! Wirke ein Jeder für die Vergrößerung unseres Bundes, zeigen wir den Gegnern, daß wir uns nicht zum Spaß vereinigt haben.

Mit Gruß H. Schöning, Geschäftsf.

Coburg. An alle Maurer und Steinhauer sowie Tüncher, Putzer und Weißbinder Deutschlands! Ihr habt in Nr. 88 des „Volksstaat" einen Aufruf von Hurlemann aus Berlin gelesen, in welchem die Vereinigung der Maurer und Steinhauer als vollendete Sache angeführt ist. Und auch ich kann es nicht unterlassen, nochmals darauf zurückzukommen. Hauptsächlich rufe ich zuerst den bisherigen Gewerkschaftsmitgliedern zu, der neuen Organisation ihr volles Vertrauen zu schenken, denn auch ich war bei der Vereinigung thätig und kann wohl sagen, unsere Aufgabe war keine leichte. Wir haben sie aber zur Zufriedenheit der meisten Mitgliedschaften gelöst. Wohl weiß ich einige Mitgliedschaften der Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft, deren Vertreter auf der Generalversammlung einen gegentheiligen Standpunkt einnehmen mußten, da sie mit gebundenem Mandate versehen waren. Wie gern wären sie ihrer Ueberzeugung gefolgt, aber sie mußten ihren Mandatgebern gerecht werden. Die Trennung der Zimmerer von den Maurern wäre wohl bei einigen Mitgliedschaften Ursache zu einer Unzufriedenheit gewesen, allein dies war wirklich nothwendig, und ist uns ja auch in dieser Hinsicht Rechnung getragen worden, indem man ein Mittelding geschaffen hat, welches alle Unzufriedenheit beseitigen muß. Auch ich war der Meinung, daß die Trennung nicht vollzogen werden könnte, aber ich bin eines andern belehrt worden und mit dem Antrag von Lange vollständig zufrieden gestellt.

Im Ganzen genommen können wir zufrieden sein mit der neuen Organisation, es ist etwas Tüchtiges geschaffen: wir sind vereinigt! Wir stehen einander nicht mehr feindlich gegenüber, wir gehen Hand in Hand, und wenn uns dieses nicht zu unserm Ziele führen sollte, so dürfen wir nun und nimmer darauf rechnen. Darum hinweg mit aller Kleinigkeitskrämerei, wir wollen ein Bruderbund sein, mit einem Herz und einem Gedanken, und dieser Gedanke sei: gleiches Recht für Alle. Und nun, Ihr Collegen Deutschlands, die Ihr der Bewegung noch fern steht, erwachet oder sagt nicht kleingläubig, es nutzt ja doch nichts. Wenn noch manche von unsern Collegen fragen, wer ist denn unser Feind?, so verweise ich sie auf die Vereinigung der deutschen Baugewerksmeister. Die Vereinigung oder der Bund ist unser größter Feind! Beweisen nicht die jüngsten Vorkommnisse die Schändlichkeit, welche von jener Seite aus zu Tage tritt? Hier werden die Arbeiter auf's Straßenpflaster geworfen, dort gibt es allerlei Entlassungsscheine, welche den redlich denkenden Arbeiter auf Jahre um alle Arbeit bringen. Kurzum, es werden Forderungen an den Arbeiter gestellt, die über alle Möglichkeit hinausgehen, und dazu wird noch an den meisten Orten ein wahrer Hungerlohn gezahlt. Alles dies, Collegen, muß Euch von selbst veranlassen, in die Reihen der organisirten Collegen einzutreten. Und nun, Ihr Maurer, Steinhauer und verwandte Berufsgenossen, hauptsächlich in Bayern und Württemberg, Euch rufe ich nochmals zu: säumt nicht, damit wir nicht von unsern Gegnern überflügelt werden. Bayreuth, Kulmbach, Lichtenfels und Bamberg ersuche ich, mir eine Adresse zu senden. Auch an Euch in Thüringen richte ich die Bitte, dem Aufruf Folge zu leisten und mir schleunigst Adressen von den kleinern wie größern Städten zu senden, indem ich in diesen Tagen dort mit der Agitation beginne. Also auf an's Werk mit ganzer Kraft, denn mit vereinten Kräften ist uns der Sieg gewiß, vereinzelt sind wir geschlagen. Mit Gruß

Joh. Kappler, L., V. 137, in Coburg.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, Obiges in ihr Blatt aufzunehmen.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Leipzig. Da unsere letzte Mitglieder-Versammlung sehr zahlreich besucht war, sahen wir uns genöthigt ein anderes Vereinslokal zu nehmen.

Ich mache deswegen die Mitglieder darauf aufmersam, daß vom nächsten Montag unsere Versammlungen regelmäßig jeden Montag Abend im Thüringer Hof in der Burgstraße im Saal stattfinden.

Ludw. Witt, Bevollmächtigter.

Correspondenzen.

Leipzig, 19. August. Die gestern Abend in der Tonhalle abgehaltene Arbeiterversammlung war trotz der tropischen Hitze von mindestens 1500 Personen besucht, und hatte Parteigenosse Bebel das Referat über den in Nr. 87 und 88 des „Volksstaat" veröffentlichten Hilfskassengesetzentwurf übernommen. Derselbe kritisirte in anderthalbstündiger Rede die einzelnen Paragraphen und wies darauf hin, daß, wenn dieser Entwurf durch die Annahme des Reichstags, woran nach der jetzigen Zusammensetzung desselben nicht zu zweifeln sei, Gesetzeskraft erlange, die Arbeiter um ihr Recht, ihre Kassen selbstständig und unabhängig von Behörden und Arbeitgebern zu verwalten, gebracht wären. In § 31 des Entwurfs sei klar und bündig ausgedrückt, daß die von der Landesregierung bestimmten Behörden die Aufsicht über die Kasse führen und jederzeit das Recht haben sollen, die Bücher einzusehen, die Verwaltung zu untersuchen und über die einzelnen Geschäfte Auskunft zu fordern. Was hätten denn die Arbeitgeber in den von Arbeitern errichteten und verwalteten Krankenkassen zu thun, frägt Referent, wenn sie nicht darin ein Mittel zur Beaufsichtigung und Bevormundung ihrer Arbeiter erblickten? Denn, obgleich in § 16 gesagt ist, daß mehr als die Hälfte der Stimmen im Vorstande den Arbeitgebern nicht einzuräumen sei, so wisse man doch, daß der Einfluß, den die Herren durch ihre Anwesenheit ausüben könnten, ein so großer sei, daß es in den meisten Fällen vollständig überflüssig wäre, Arbeiter im Vorstand zu haben. Was sei z. B. im § 25, der über die Schließung der Kassen Seitens der Behörde handelt, in Absatz 3, wo es heißt: „Wenn die Generalversammlung einer gesetzwidrigen Verwendung aus dem Vermögen der Kasse ihre Zustimmung ertheilt hat ꝛc." anderes beabsichtigt, als es den Angehörigen solcher Kassen, und wenn sie noch so gut fundirt wären, unmöglich zu machen, zu irgend einem ihnen gut scheinenden Zweck eine Summe zu bewilligen? Die Auflösung der Kasse würde von den Behörden natürlich in Fällen sofort verfügt werden können, wo die Arbeiter für ihnen allgemein nützlich scheinende Bestrebungen, Unterstützung von Produktivgenossenschaften und dergleichen ihre Gelder anlegen wollten. Wer verwehre es z. B. Creditinstituten, wenn sie große Summen zur Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen verwenden, oder zu sogenannten patriotischen Feierlichkeiten Beiträge bewilligten? Sei es denn nicht ebenso gesetzwidrig, wenn Gemeindebehörden große Summen aus dem Säckel der Steuerzahler zum sogenannten Sedanfest bewilligten? Nur den Arbeitern sollen bezüglich der Verwaltung ihres Eigenthums die Hände gebunden werden, obgleich sehr leicht nachzuweisen sei, daß Veruntreuungen bei Arbeiterkorporationen verhältnißmäßig weit weniger vorkommen, als bei Instituten der sogenannten höheren Stände und der besitzenden Klassen. Als leitender Gedanke dieses Normativgesetzes trete besonders in § 6 die unzweideutige Absicht hervor, den selbstständigen Kassen der Arbeiter den Lebensfaden abzuschneiden und besonders auch die Gewerkschaftsbewegung lahmzulegen. In den §§ 9, 11 und 12 sei deutlich erwiesen, welches Uebergewicht den Arbeitgebern in den „behördlich sanktionirten" Kassen verliehen werden solle, indem laut § 9 Arbeitgebern — entgegen Bestimmungen der Gewerbeordnung — das Recht zustehe, die Kassenbeiträge am Lohne zu kürzen. Die Beschränkung des Krankenlohnes und der Unterstützungsperiode (siehe §§ 11 und 12) seien schlagende Beweise dafür, daß man den Hauptzweck der Kassen nur als Mittel zur möglichsten Niederhaltung freierer Regungen betrachte, und wenn auch in § 19 das Stimmrecht bei Generalversammlungen den beitragzahlenden Arbeitgebern nur bis zur Hälfte der Gesammtstimmen zugemessen werde, so habe ja doch die Erfahrung bei den Knappschaftskassen ꝛc. gelehrt, wie es bei derartigen gemischten Körperschaften die Herren verstehen, ihren Absichten und Bestrebungen Majoritäten zu verschaffen. Daß die Kassen möglichst lokalisirt gehalten werden sollen, sei trotz des § 35 ein Beleg dafür, daß man denselben nur eine ganz knapp bemessene Leistungsfähigkeit einzuräumen ein Interesse habe, und daß vollends nach § 36, Absatz 2, Knappschafts-Vereine von dem Normativgesetz nicht berührt werden, also in ihrer bisherigen, den Arbeiterinteressen entgegenstehenden Verfassung verbleiben sollen, bekräftige die mehrfach hervorgehobenen Gefahren der behandelten Gesetzesvorlage. — Er beantrage also, die Versammlung möge sich gegen die Vorlage erklären und folgender Resolution ihre Zustimmung geben: „Die Versammlung legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß ein Hilfskassengesetzentwurf wie der vom Bundesrath bekannt gegeben oder ein dem ähnlicher durch die Zustimmung des Reichstag Gesetzeskraft erlange. Sie protestirt dagegen, weil der Entwurf nicht nur reaktionär ist, sondern weil er auch den Arbeitern das Recht, ihr Eigenthum selbstständig und unabhängig zu verwalten, vorenthält. Die Versammlung erblickt in dem Gesetzentwurf das Bestreben, die Arbeiter vollständig von den Arbeitgebern und den mit ihren Klasseninteressen eng zusammenhängenden Behörden abhängig zu machen. Die Versammlung verlangt ein Hilfskrankenkassengesetz, welches den Arbeitern nicht nur die volle Selbstverwaltung ohne Einmischung der Arbeitgeber oder Behörden garantirt, sondern dieselben andern derartigen Anstalten der besitzenden Klassen gleichstellt. Die Versammlung fordert die Arbeiter aller Orten auf, sich dieser Resolution anzuschließen". Es sind mit dieser Resolution noch zwei weiter eingegangene verschmolzen worden und fand dieselbe einstimmige Annahme, nachdem noch Seifert und Schubert zur Fragestellung wegen der bisher bestehenden Hilfs-Militärvereins- und Gesellschaftskassen gesprochen und vom Referenten Auskunft darüber erhalten hatten, daß die ersteren von dem Gesetz direkt berührt werden können, die letzteren aber in der Vorlage auffälligerweise gar nicht erwähnt seien. Der Verlauf dieser Versammlung bekundete das lebhafteste Interesse der Arbeiter an dem Gegenstande der Tagesordnung, der nach der scharfen Kritik des Referenten voraussichtlich Veranlassung zu eingehender Behandlung innerhalb der bestehenden Hilfskassenvereine und Gewerkschaften ꝛc. bieten dürfte.

Neuschönefeld. Eine musterhafte Gemeindeverwaltung. Dem Parteigenossen A. Albrecht wurde am 19. d. seine Taschenuhr wegen rückständiger Steuern für 1874 abgepfändet, obgleich derselbe im Besitz der Quittung für die angeblich rückständigen Steuern ist. Albrecht, der bei der Pfändung abwesend war, hat nun die Quittung den Behörden vorgelegt und wird wohl seine Uhr gelegentlich zurückerhalten; welches Licht fällt aber auf eine Gemeindeverwaltung, die sich ein solch grobes Versehen zu Schulden kommen läßt und nicht einmal für richtige Eintragung der Einnahmeposten sorgt? Ein Buchhalter, den sein Prinzipal über ähnlicher Praxis ertappte, würde ohne Gnade an die Luft gesetzt werden — und von Rechtswegen.

Weimar, den 11. Aug. In Nr. 92 des „Volksstaat" wird gesagt, daß Wolf nach seinem neuen Domicil Arnstadt von Cleve übergeführt sei. Dem Schreiber dieses theilten die Arnstädter Genossen mit, daß Wolf auf telegraphische Requisition vom Arnstädter Staatsanwalt in Hannover verhaftet und unter Escorte nach Arnstadt transportirt worden sei. Am 5. d. M. wollten die Parteigenossen Röbiger und Ufert Wolf sprechen, wurden aber abgewiesen. Der Gerichtsdirector theilte Beiden mit, das Collegium habe beschlossen — Niemand (!?) zu Wolf zu lassen. In einer juristischen Abhandlung suchte er Ufert und Röbiger begreiflich zu machen, daß Wolf eben für unerlaubte Handlungen Strafe verbüße, und das Gefängniß (Frohnveste) sei kein Unterhaltungs- und Vergnügungsort. U. und R. entgegneten, daß sie ja nur einmal kämen. — (Die Arnstädter Genossen weist man immer damit ab, daß sie zu oft kämen). Bisher hat Wolf nur Winkler nach 4maligem Laufen von Pontius zu Pilatus unter 3 Mann starker Bewachung sprechen können. Ob es im Arnstädter Kreisgericht auch bei gewöhnlichen Verbrechern üblich ist, erst das Collegium zu befragen, ob Besuch zugelassen wird? Wir bezweifeln dies — die Maschine würde sehr schwerfällig werden. Ueber Wolf's Behandlung läßt sich demnach sehr wenig sagen, und müssen wir bis zu seiner Entlassung warten. Einige Arnstädter Genossen wurden mit dem Bemerken abgewiesen, daß sie doch noch warten sollten und später wiederkommen, Wolf würde sonst die Zeit zu lang. Wolf ist Straf- und kein Untersuchungsgefangener, und es giebt diese Abgesperrtheit von seinen Freunden immer zu Bedenken Anlaß. In Cleve soll es Wolf sehr gut gehabt haben, da hat er mit im Bureau gearbeitet. Nächsten Monat kommt Parteigenosse Leuschke frei, er hat wegen Majestätsbeleidigung 1½ Jahr (!) ohne die Untersuchungshaft verbüßt. Da er geheim verurtheilt wurde (?!), wird sein nunmehr bald gesühntes Verbrechen erst bekannt werden. Aus Rücksichten gegenüber dem Gefangenen wurde bisher, was wir wußten, verschwiegen.

Kaiserslautern, 10. August. In der letzten Sitzung des Stadtraths vom 5. August hat derselbe auf eine Anfrage des hiesigen Kriegervereins, ob und in welcher Weise die Stadt Kaiserslautern sich bei dem bevorstehenden Jahrestag der Schlacht von Sedan betheiligen werde, mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, sich an diesem Feste offiziell zu betheiligen und hierzu 100 fl. bewilligt und zur Verstärkung des mordspatriotischen Festcomités drei Stadtrathsmitglieder bestimmt. In derselben Sitzung hielt man für nothwendig, vielleicht um sich den Beifall der Steuerzahler für die reichsfreundliche Opferung von 100 fl. zu sichern, die Umlagen zu erhöhen. Aus Anlaß dieser reichstreuen Kundgebung des Stadtraths berief der „Demokratische Arbeiter-Bildungsverein" auf gestern Abend eine Versammlung ein, welche außerordentlich zahlreich besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Die Geldbewilligung des Stadtraths für eine Festivität des Kriegervereins und die Erhöhung der Umlagen." Die Herren Herrmann und Daschner referirten unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung. Herrmann kritisirte in treffenden Worten die Haltung des 1. Adjunkten, Hrn. Philipp Schmidt, allgemein bekannt als gesinnungstüchtiger „National-Demokrat" und hob besonders hervor, wie derselbe im vorigen Jahre, wo er freilich noch nicht Adjunkt gewesen, und noch nicht „reichstreu" genug, gegen eine Betheiligung an der „Sedanfeier" aufgetreten wäre. Die hierauf eingebrachte Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, lautete: „Die heutige Versammlung tadelt entschieden die offizielle Betheiligung des Stadtraths an dem Schlachtfeste des 2. Sept., weil sie es nach ihren sittlichen Begriffen für die bedauernswertheste Rohheit hält, einen Tag zu feiern, an welchem sich Menschen gegenseitig für dynastische Interessen abschlachteten, den Tausende zu beweinen haben, die im deutsch-französischen Krieg ihren Ernährer und Erzieher verloren haben, und wobei tausend Andere ihre gesunden Glieder und ihre besten Lebenskräfte für immer einbüßten und deren Siege dem deutschen Volke in freiheitlicher Beziehung so wenig wie nichts brachten. Ferner protestirt die Versammlung auf's Entschiedenste gegen die Bewilligung von Geldern aus dem Gemeindesäckel für diese Feier, die nur eine Demonstration der nationalliberalen Partei ist, denn die Sympathien des Volkes hat dieses Schlachtfest nicht. Die Versammlung hält dafür, daß, wenn die Herren Stadtrathsmitglieder sich an dem Sedantag betheiligen wollen, sie auch die Kosten, welche derselbe ihnen allen-

falls verursachen sollte, aus ihrer Tasche bezahlen und nicht aus denen der Steuerzahler, damit die ohnehin für Viele schon unerschwinglichen Umlagen nicht noch mehr in die Höhe geschraubt werden müssen."

Mit Gruß und Handschlag Im Auftrag: Th. Daschner.

Darmstadt, 6. Aug. Der hiesige „Gewerbeverein" hatte durch öffentliche Einladung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Besprechung der Reichs-Enquete am 23. v. Mts. eine Versammlung einberufen, wozu auch mehrere unserer Parteigenossen schriftlich eingeladen waren. Außer einigen Kleinmeistern und Fabrikanten hatten sich größtentheils Partei- und Gewerksgenossen eingefunden. In das Bureau wurde Herr Weber (Director der hiesigen Maschinenfabrik und Eisengießerei) zum Vorsitzenden, Herr Generalsecreeär Busch zum Schriftführer ernannt. Darauf kamen die Fragen über die Lehrlingsverhältnisse zur Verhandlung, wobei man von Seiten der für das Wohl der Arbeiter schwärmenden Fabrikanten recht nette Ansichten hören konnte; auf dieselben näher einzugehen wäre Raumverschwendung. Als die Lehrlingsfrage erledigt war, gab der Vorsitzende bekannt, daß wegen Mangel an Zeit die Fragen nach den Gesellen- und Fabrikarbeiterverhältnissen nur kurz behandelt werden könnten und zwar so, daß nur Zwei dafür und Zwei dagegen sprechen dürften, wogegen unsererseits energisch protestirt wurde. Hierauf erklärte der Generalsecretär, daß er schon in einer stark besuchten Versammlung sämmtliche Fragen in vier bis fünf Stunden durchberathen habe. Dem entgegnete ein Parteigenosse, daß wir auf solche Berathungsmethode nicht eingingen und es ihm unmöglich scheine, die Fragen in so kurzer Zeit allgemein verständlich discutiren und beantworten zu können, er glaube, wir seien doch nur hierhergekommen um uns gegenseitig über sehr wichtige Angelegenheiten aufzuklären. Hierauf erwiderte der Vorsitzende: „Wir sind nicht beisammen um uns zu belehren, sondern die Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten"! Parteigenosse Köberer stellte dem Folgendes entgegen: „Wir haben regen Antheil an den Verhandlungen genommen und die Unmündigen vertreten. Wir wollen nun aber auch unsere eigene Sache vertreten und zwar auf Grund unserer Prinzipien. Wir halten uns den modernen Staaten und Verhältnissen gegenüber strikte an unser Programm und werden es auch zur Durchführung bringen, mögen auch unsere Gegner mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln uns gegenübertreten." Bei der letzten Bemerkung zog der Präsident die Glocke, entzog dem Redner das Wort und machte seinem gepreßten Herzen endlich mit dem Ausruf Luft: „Hier wird nicht Politik getrieben." Nun erklärte Köberer, daß wir unter Protest das Lokal verlassen würden, demzufolge sich die Arbeiter bis auf einige Fabrikanten und Kleinmeister entfernten. Die Fragen wurden dann natürlich keineswegs im Sinne der Arbeitersache beantwortet. Betreffs der von dem hiesigen Culturkampf Organ, genannt „Main-Zeitung" (welche, nebenbei gesagt, die Arbeiter bei jeder Gelegenheit zu verunglimpfen sucht), gebrachten Notiz, daß in Folge der Provocation von Köberer zwanzig Sozialisten den Saal verlassen hätten, sei noch erwähnt, daß nicht zwanzig, sondern über fünfzig Arbeiter es waren, die nicht Lust hatten, sich als Jasagemaschine benützen zu lassen. — Am 31. v. M. hielten wir eine Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „die Reichsenquete bezüglich der Fragen über die Gesellen- und Fabrikarbeiterverhältnisse." Das Referat übernahm Herr Sabor aus Frankfurt. Redner beleuchtete die Reichsenquete in klarer, verständlicher Weise, beklagte unter Anderm besonders die mangelhafte Statistik über die Lage der arbeitenden Klassen von Seiten der Regierung, und daß die allerwichtigsten Fragen der Arbeiterverhältnisse in der Enquete nicht berührt seien. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Redners und wurde demselben ungetheilter Beifall zu Theil. Nach mehrmaliger Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich Niemand mehr zum Wort; dann wurde von der Versammlung nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt: Die Untersuchung des Bundesraths über die Arbeitsverhältnisse betrifft nur untergeordnete Punkte, selbst die dringendst nothwendigen Maßregeln zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter sind übergangen. — Ein Arbeitskontraktbruchgesetz (mit Gefängnißstrafe) ist als ehrenrührige Ausnahmsmaßregel verwerflich. Wirkliche, nicht blos scheinbare Verbesserungen der mißlichen Arbeiterverhältnisse werden nur erreicht werden, wenn die Arbeiter allezeit energisch für ihre politischen und sozialen Rechte eintreten." Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. — Den Arbeitern, welche uns noch fern stehen, wollen wir zurufen: Lernet doch endlich einsehen, daß jene liberalen Herren nur unter der heuchlerischen Maske des Wohlwollens für das Wohl der Arbeiter bedacht sind. Schließt Euch der Partei, schließt Euch den Gewerkschaften an, denn nur ein einheitliches Zusammenwirken kann uns unserm Ziel immer näher bringen.

Mit sozialdemokratischem Gruß A. Feuchtmann.

Mannheim, 5. August. Sonntag, den 1. August machten zahlreiche Parteigenossen von hier und Umgegend, sowie viele Mitglieder der Gewerkschaft der Schuhmacher von hier und Heidelberg einen Ausflug nach Schwetzingen. Um aber mit dem Fröhlichen auch gleich das Nützliche für unsre Sache zu verbinden, trat ein von den vertretenen Orten zusammengesetztes Comité zusammen behufs Regelung der Agitation. Leider bemerkten die Vertreter der kleineren Orte bitter, daß sie seither besonders von unseren geehrten Reichstagsabgeordneten noch gar nicht berücksichtigt worden seien, drückten jedoch den Wunsch aus, die Mannheimer Genossen möchten baldigst für eine bessere Agitation Sorge tragen. — Wir ersuchen daher die betreffenden Parteigenossen, nicht immer so stiefmütterlich mit unsrer Gegend umzugehen, zumal wir es auch nicht an gutem Willen fehlen lassen. Wir werden dann wieder eine Conferenz abhalten, und ersuchen jetzt schon, besonders die Genossen von Darmstadt und Worms, ihre Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Im Auftrage des Agitationscomités:

Ph. Koch, G 524, Mannheim.

(Bezüglich der Klage über Vernachlässigung seitens unserer „Reichstagsabgeordneten" müssen wir den Genossen sehr vieler Orte die Bitte ans Herz legen, sie möchten nicht vergessen, daß die Partei gegenwärtig nicht mehr als 8 Reichstagsmitglieder — unsern mehrjährig unfreiwilligen Staatspensionär Most selbstredend abgerechnet — aufweisen und zeitweilig, soweit es ihre Berufsgeschäfte gestatten, zur Agitation verwenden kann. Unser Agitationsfeld, Deutschland, ist aber ziemlich groß; bevor die acht Meistbegehrten die ungefähr 4000 größeren und kleineren Ortschaften des Reichs auf Agitationsreisen durchstreift haben werden, wird noch mancher Tropfen ins Meer geronnen und mancher Ruf nach sozialistischen „Reichstagsabgeordneten" unerhört verhallt sein. D. R.)

Landshut, 3. August. Mittwoch den 28. v. M. fand dahier im Saale des Balschlößchens seit längerer Zeit zum ersten Male wieder eine Volksversammlung statt. Dieselbe war sehr zahlreich besucht und waren alle Parteien vertreten. Der Reichstagsabgeordnete Herr Hasenclever hielt einen zweistündigen Vortrag über die Thätigkeit des Reichstages und beleuchtete, nachdem er zu Anfang seiner Rede das Geschwätz der liberalen Philister vom Zusammengehen der Sozialdemokraten mit den Ultramontanen eingehend widerlegt hatte, insbesondere das Gebahren der sogenannten Liberalen im Reichstage, indem er durch Beispiele nachwies, wie diese Herren durch ihr serviles Verhalten dem allmächtigen Herrn von Bismarck gegenüber in ganz reaktionäre Bahnen eingelenkt hätten. Die in weitaus überwiegender Anzahl anwesenden Arbeiter nahmen den an vielen Stellen mit beißender Satire gemischten Vortrag mit großem Beifall auf. Das rege Interesse, womit die Versammlung den Ausführungen des Herrn Referenten gefolgt war, stieg noch, als nach Beendigung der Rede des letzteren ein Herr Caplan Müller den Versuch machte, den von Herrn Hasenclever in Bezug auf die Ultramontanen aufgestellten Behauptungen gegenüber nachzuweisen, daß die Ultramontanen den Arbeiter nicht nur auf ein besseres Jenseits vertrösten, sondern auch unter Befolgung des Spruches: „Suum cuique"*) demselben den Genuß der irdischen Güter, soweit ihm derselbe zusteht, einräumen und verschaffen wollen. Sehr treffend bemerkte hierauf Herr Hasenclever in seiner Erwiderung, daß, wenn dies wirklich der Fall wäre, auch die Herren vom Centrum die von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge, welche eine Verbesserung der materiellen und mit ihr der geistigen Lage der Arbeiter erstrebten, hätten unterstützen müssen. Herr Müller meinte hierauf, daß natürlich persönliche Ansichten Einzelner nicht immer den Beschlüssen der Parteivertreter conform sein könnten. Nachdem in dieser Weise der erste Punkt der Tagesordnung: „Thätigkeit des Reichstages" erledigt war, erledigte nach einer Pause Herr Rottmanner aus München den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands", indem er einzelne Stellen des Programms näher beleuchtete. Zum Schluß forderte Herr Hasenclever noch zum Lesen der Parteiblätter und zum Eintritt in die Partei auf, welch' letzterer Aufforderung sofort eine ziemliche Anzahl Arbeiter entsprach.

Trotz ergangener Aufforderung meldete kein Liberaler, obwohl deren mehrere und sogar einige „Größen" derselben zugegen waren, sich zum Worte. Diese Gesellschaft kann eben nur in ihrer Schmutzpresse die Vorkämpfer der sozialistischen Partei begeifern, es fehlt den Herren aber der Muth, mit offenem Visir den Kampfplatz zu betreten.

Die Versammlung, welche, wie alle sozialistischen Versammlungen, in größter Ruhe verlief (die anwesenden Vertreter der wie überall so auch hier die Arbeiter mit besonderer Zärtlichkeit beobachtenden Polizei fanden keine Gelegenheit, die öffentliche Ruhe zu stören, und dadurch die in den Kasernen consignirten Truppentheile in Aktion zu bringen), wurde um 11 Uhr von Herrn Rottmanner geschlossen, und versprechen wir uns von derselben bei rühriger Fortsetzung der Agitation die besten Resultate.

Ein weiterer Beweis für die Schamlosigkeit der herrschenden Klassen ist das Faktum, daß die städtischen Behörden von Landshut nach dem „Kurier f. Niederbayern" einem alten Arbeiter anläßlich seines 80. Geburtstages in Würdigung seiner seit 30 Jahren der Stadt Landshut mit Treue und Eifer geleisteten Dienste eine Belohnung von 20 Mrk., sage zwanzig Mark aussetzten. Man könnte diesen Beschluß als Hohn bezeichnen, wenn er nicht durch die Taktlosigkeit, welche unsere Stadtväter dadurch bekundeten, daß sie erstens diesen Beschluß in öffentlicher Sitzung faßten, zweitens denselben in den hiesigen Lokalblättern veröffentlichen ließen, — ein Gepräge bekäme, für welches die Bezeichnung „liberal" die passendste sein dürfte. Diese Herren scheinen, trotzdem daß sie stets strenggläubige Christen zu sein vorgeben, doch das Wort Christi nicht zu kennen: „Was die Rechte gibt, soll die Linke nicht wissen." Im Uebrigen sei mir zu bemerken erlaubt, daß besagter Greis trotz seines hohen Alters von 80 Jahren noch als Magazin-Aufseher beim städtischen Bauamte bedienstet ist und, wie es scheint, trotz seiner 30jährigen der Stadt geleisteten Dienste noch nicht für würdig befunden wird, mit entsprechender zum Leben ausreichender Pension aus dem Stadtdienste entlassen zu werden; vielleicht daß man ihn in eine Pfründneranstalt unterbringt.

Breslau, den 9. August. Wir theilen nachstehend das Resultat einer Lohnstatistik mit, welche wir kürzlich unter unseren Breslauer Berufsgenossen zu dem Zwecke aufgestellt hatten, in eventuellen Fällen den Fabrikanten unumstößliche Beweise über die schlechten Lohnverhältnisse in unserer Branche geben zu können. Nach dieser statistischen Zusammenstellung beträgt der wöchentliche Durchschnittsverdienst der hiesigen Cigarrenarbeiter 4 Thlr. 12 Gr. 6 Pf. pro Kopf, macht das Jahr 229 Thlr. 20 Gr. Wir müssen hierbei aber bemerken, daß obige Zahl unbedingt als Maximum des Durchschnittseinkommens angenommen werden muß, indem bei der statistischen Berechnung die in etlichen Fabriken bestehende Einrichtung für gewisse Vorrichtungen, z. B. für Deckblattzubereitung, von den Arbeitern extra zu zahlender Gelder, nicht in Abzug gebracht und außerdem Krankheitsfälle u. s. w. gar nicht in Betracht gezogen worden sind. Wenn man nun bedenkt, daß hier, in der Metropole Schlesiens, noch die höchsten Löhne in der Provinz gezahlt werden, so kann man sich leicht vorstellen, auf welch' niedriger Stufe dieselben erst in den Provinzialorten stehen müssen. Wir brauchen hier wohl nicht erst zu commentiren, daß solch ein Einkommen auch nicht den allerbescheidensten Ansprüchen unter den heutigen Lebensverhältnissen genügt, so daß fast Jeder, zumal wer noch Familie besitzt, gezwungen ist, auf irgend eine Weise sich einen kleinen Nebenverdienst zu erringen.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, auch einmal jenes absurden Berichtes, wie ihn jüngst die Breslauer Handelskammer über die Cigarrenfabrikation brachte, Erwähnung zu thun. Der Verfasser desselben bricht da zunächst in eine Jeremiade aus über das disharmonische Verhältniß zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern und sagt unter Anderem: „So lange der große Haufe in diesen Anführern die Vertreter seiner Interessen sieht, und so lange diese Klasse ungestraft die offene Revolution predigen darf, so lange wird der Kriegszustand bestehen bleiben und der Arbeitnehmer in dem Arbeitgeber nicht den auch das Wohl seiner Arbeiter fördernden Brodherrn, sondern nur den Bedrücker und Aussauger des Arbeiterstandes sehen." Wir können dem Verfasser dieses Nonsens die Versicherung geben, daß auch fernerhin der „große Haufe" in diesen „Anführern" die Vertreter seiner Interessen sehen wird, und zwar so lange, bis die in der heutigen Gesellschaft bestehenden ungerechten, der Menschheit unwürdigen Zustände beseitigt sein werden. Ferner heißt es in dem Berichte, daß das Verhältniß der Arbeitgeber zu den Arbeitern ein für Erstere besseres geworden sei, indem das Angebot von Arbeitern reichlicher war, so daß sogar eine Lohnreduktion von 10 Proz. durchgeführt werden konnte. Herrn Camphausen wird das Herz im Leibe lachen, wenn er vernimmt, daß sein famoses Rezept zur Hebung der darniederliegenden Industrie solche Anerkennung findet. Wir möchten jedoch sehr bezweifeln, daß dieses Heilmittel, welches lebhaft an die Heilmethode des Dr. Eisenbart erinnert, von praktischem Erfolg sein wird, denn wenn des Volkes Einkommen vermindert wird, muß auch die Consumtionsfähigkeit desselben geschwächt, und somit die Produktion und Industrie eher herabgedrückt als gehoben werden. Jeder, der auch nur elementare Kenntniß der Nationalökonomie besitzt, weiß, daß solche wirthschaftliche Misèren, wie die gegenwärtige, nur eine logische Folge der heutigen plan- und regellosen, auf Anarchie gegründeten kapitalistischen Produktionsweise sind und, so lange letztere besteht, stets periodisch wiederkehren werden. Will man also solche Uebelstände aus der Welt schaffen, so strebe man darnach, die Ursache derselben, das heute herrschende wirthschaftliche System, zu beseitigen und nach Einführung einer vom Staate geregelten Produktion, Consumtion und Vertheilung, denn nur dadurch werden solche soziale Schäden gründlich beseitigt werden können.

Indem wir Obiges allen Geschäfts- und Gesinnungsgenossen hiermit öffentlich zur Kenntniß bringen, glauben wir dadurch Anregung zu geben, auch an anderen Orten derartige statistische Erhebungen über die Lohnverhältnisse anzustellen.

Mit Gruß Die Tabakarbeiter Breslau's.

NB. Wir ersuchen die geehrten Redaktionen aller arbeiterfreundlichen Blätter, von Obigem Notiz zu nehmen. D. O.

*) Jedem das Seine.

Briefkasten

der Redaktion: J. K. in Coburg: Es war uns unmöglich, Ihren Bericht in die gewünschte Nummer aufzunehmen. —

Quittung

der Expedition: Schstr Wiesbaden Ann. 2,00. Grlch Forst Schr. 2,25. Bruds Göttingen Schr. 12,15. Bmstr Hamburg Ann 2,00. Arb.-Part. Regensburg Schr. d. Gb. Hamburg Schr. 1,00. O Stlzr Reudnitz Ab. 12,00. Schck hier Ab. 1,10. H Smnn Altona Schr. 13,75. Gnthr Großenhein Schr. 20,70. Brth Mainz Ab. u. Schr. 7,38. Rfnr Demmin Schr. 3,00. Schrdr Winterthur Ab. 4,03.

Altona Mittwoch, den 25. Aug., Abends halb 9 Uhr in Heinsohns Salon:

Versammlung

des sozialdemokratischen Arbeitervereins.

T.-O.: Vortrag von Hasenclever. — Verschiedenes.

Zutritt frei. **Forschner.** [60]

Connewitz Donnerstag, den 26. August, Abends halb 9 Uhr:

Volksversammlung

im Saale zum Kaffeegarten.

Tagesordnung: Die Reichsenquete und das Hülfskassengesetz. Ref.: H. Ramm. D. E. [50]

Großenhain Sonnabend, den 28. August, Abends 8 Uhr, bei Herrn Henschel:

Volksversammlung.

T.-O.: Vortrag von Max Kayser aus Dresden. [40]

Sonntag, den 29. August:

4. Stiftungsfest

der Manufactur-Arbeiter-Gewerkschaft,

im Lokale des Herrn Hentschel. — Beginn: 3 Uhr Nachmittags, bestehend in Conzert, Gesang, Festrede, Deklamation und Ball. Genossen von nah und fern sind hierzu eingeladen.

W. Günther, Vertrauensmann. [225]

Hamburg Donnerstag, 26. August, Abends präcis 9 Uhr, im Conventgarten, Neust.-Fuhlentwiete:

Außerordentliche Generalversammlung

der Schneider-Gewerkschaft.

T.-O.: Abrechnung. — Auflösung des Vereins. — Alle Mitglieder müssen erscheinen. D. B. [60]

Leipzig Arbeiterbildungsverein.

Sonnabend, den 28. August: Vortrag von Künzel über Leichenverbrennung.

Mittwoch, den 1. September: Vortrag von Motteler über die Aufstände der unfreien Arbeiter im Alterthum. (Fortsetzung). [50]

Leipzig Club „31."

Freitag, den 27. August: Sitzung Abends 8 Uhr. [20]

Leipzig Donnerstag, 26. August, Abends halb 9 Uhr im Saale des Bellevue, Kreuzstraße:

Sozialisten-Versammlung.

T.-O.: Polit. Rundschau. — Landtagswahlen. Der Agent. [40]

Stuttgart Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Unser unentgeltliches Arbeitsnachweisbureau befindet sich von jetzt an bei H. Schenrenbrand, Gasthaus zum weißen Lamm, Ilgenplatz, worauf wir sämmtliche hier zureisende Collegen aufmerksam machen. (25) J. A.: Der Bev. [50]

Wiesbaden Vorläufige Anzeige.

Auf Sonntag, den 29. Aug., haben die Gewerkschafts-Mitglieder der Schuhmacher, Schneider und Holzarbeiter ein

Arbeiter-Verbrüderungs-Fest

auf Speierskopf arrangirt, wozu wir alle auswärtigen Gewerks- und Parteigenossen freundlichst einladen. — Für gute Speisen, Getränke und Unterhaltung ist bestens Sorge getragen.

Wir bitten die auswärtigen Collegen, mit dem 12-Uhr-Zug in Wiesbaden einzutreffen. Die Vergnügungs-Commission.

NB. Bei schlechtem Wetter findet das Fest im Römersaal statt.

(2a) [300]

Für Metallarbeiter, bes. für Eisendreher.

Durch uns, sowie durch die Buchhandlung des „Volksstaat" ist zu beziehen:

Baumann, G.

Berechnungen über das Gewindeschneiden, nebst gründlicher Anleitung und Erklärung des Verfahrens.

Preis Mark 1,60.

Volksbuchhandlung (J. Franz) Zürich. [275]

Die Nummer 129 des „Volksstaat" vom Jahre 1874 wird zu kaufen gesucht. Expedition des „Volksstaat."

Sozialistische Theaterstücke.

Eine Sammlung dieses Inhalts beginnt soeben unter vorstehendem Titel bei uns zu erscheinen und zwar in einer unbestimmten Anzahl zwangsloser Lieferungen. Jede Lieferung ist für sich verkäuflich. Hiervon ist bereits erschienen:

Nr. 1.

Ein Schlingel.

Eine nationalökonomisch-soziale Humoreske.

In 1 Akt.

Einzeln-Preis dieser Lieferung: 40 Cts. — 35 R.-Pf. — 20 Kr. östr. W.

NB. Die zur Aufführung des Stückes (als Rollen 2c.) nöthigen 5 Exempl. liefern wir für Fr. 1. 80 Cts. — Mk. 1. 50 R.-Pf. — 80 Kr. östr. W.

Zu vorstehenden Preisen versenden wir franco und nehmen wir dabei auch österreichisches Geld, ohne Rücksicht auf hiesigen Agioverlust, für voll. (Kleinere Beträge können in Briefmarken eingesandt werden). ☞ Die Versendung erfolgt jedoch stets nur gegen baar, resp. mit Nachnahme (Postvorschuß). Für Wiederverkäufer größeren Rabatt, jedoch dann bei unfrankirter Versendung. Volksbuchhandlung (J. Franz), Zürich.

(w3a) (Stets genügende Adresse.) [500]

Verantwortlicher Redakteur: H. Rindt in Leipzig.
Redaktion Hohestr. 4, Expedition Zeitzerstr. 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.